

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder
des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses

des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.komsanet.de

IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Herr Baier
Durchwahl: 0391 5924-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
00-00-60 / ba-kr

Datum
15.03.2017

Niederschrift

der 49. Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses am 08.03.2017
bei der Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH, Teichstraße 2, 06526 Sangerhausen

Beginn: 10:00 Uhr
Ende: 13:15 Uhr

Anwesenheit:
s. Anwesenheitsliste

Zu TOP 1 – Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden und Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende des Ausschusses, Herr Oberbürgermeister Küper, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmer. Er bedankt sich dann bei Herrn Schreier für die Einladung des Ausschusses in die Abellio Werkstatt. Er begrüßt dann Frau Gödicke vom Bürgerdialog Stromnetz und Herrn Matzke vom Landesverband der Gartenfreunde Sachsen-Anhalt.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine Anmerkungen zur Tagesordnung. Er stellt daraufhin die mit Schreiben vom 16.02.2017 versandte Tagesordnung als genehmigt fest.

Zu TOP 2 – Vorstellung des Unternehmens „Abellio“ und Besichtigung der Werkstatt

Herr Schreier stellt anhand eines PowerPoint-Vortrages die Struktur des Konzerns, seine Entwicklung in Deutschland und die Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH vor. Er berichtet dann über die Schwierigkeiten bei der Standortsuche für eine geeignete Werkstatt in Mitteldeutschland. Letztendlich habe man sich für Sangerhausen entschieden, obwohl sich auf dem Gelände zuvor ein Bahnteich befunden habe, es nur aufgeschüttet sei und im Erdreich Munition gefunden worden war.

Auf die Frage von Herrn Baier nach Behinderungen durch die Deutsche Bahn und Pönanen antwortet Herr Schreier, dass die Baustellen allen Bahnunternehmen zu schaffen machen und auch Geld kosten. Wenn die Deutsche Bahn in den nächsten Jahren ihr angekündigtes Investitionsvolumen in die Netze stecke, sei noch über Jahre mit deutlich mehr Baustellen zu rechnen.

Herr Braumann fragt, ob es Engpässe bei Lokführern gebe? Herr Schreier führt aus, dass Lokführer keine attraktiven Arbeitsbedingungen hätten. Sie müssten im Schicht- und Wechsel-schichtdienst sowie an Feiertagen arbeiten. Allerdings komme Abellio zugute, dass der Heimkehrereffekt in Sangerhausen stark ausgeprägt sei. Viele vor der Wende in Sangerhausen tätige Lokführer seien abgewandert und würden sich jetzt auf eine Rückkehr in die alte Heimat freuen. Durch die gewonnenen Ausschreibungen könne Abellio Arbeitsverträge mit 15-jähriger Sicherheit anbieten. Deshalb würden auch Kollegen vom HEX und der Deutschen Bahn Lokführer bei Abellio werden. Daneben bilde Abellio auch Lokführer aus. Trotz dieser Maßnahmen und Effekte herrsche dennoch Lokführermangel auch bei Abellio. Der Vorsitzende hält das Fehlen von Nachwuchskräften in vielen Bereichen für problematisch. Gerade in kleineren Städten und Gemeinden gebe es heute schon Nachwuchssorgen bei vielen Bäckern, Fleischern, Hotels, Gaststätten und in der Betreuung.

Herr Baier informiert dann über Modellvorhaben, in denen Züge bereits autonom, d.h. ohne Lokführer oder anderes Bedienpersonal, fahren. Er fragt, wann damit in Mitteldeutschland zu rechnen sei? Herr Schreier vertritt die Auffassung, dass zuvor andere Probleme gelöst werden sollten. So erstelle die Deutsche Bahn ihre Fahrpläne mit 30 Jahre alten Programmen. Es gebe noch 400 wärterbediente Bahnübergänge in Deutschland. Aus seiner Sicht sollte man sich zunächst darum sowie um Digitalisierung und das E-Ticketing kümmern.

Anschließend besichtigen die Teilnehmer gemeinsam mit Herrn Schreier die Werkstatt. Herr Schreier erläutert dabei technische Details der Wagen und wie sie gewartet werden.

Der PowerPoint-Vortrag von Herrn Schreier ist der Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Zu TOP 3 – Genehmigung der Niederschrift zur 48. Sitzung am 12.10.2016

Es gibt keine Anmerkungen zu dieser Niederschrift. Der Vorsitzende stellt sie daher als genehmigt fest.

Zu TOP 4 – Stromnetzausbau in Sachsen-Anhalt

Frau Gödicke stellt anhand eines PowerPoint-Vortrages den Bürgerdialog Stromnetz und sein Leistungsspektrum vor. Dabei geht sie auf den Internetauftritt, Informationsbroschüren und auch das Dialogmobil ein. Neben selbst geplanten Informationsveranstaltungen in den Städten und Gemeinden könne der Bürgerdialog auch zu Informationsveranstaltungen vor Ort eingeladen werden.

Sie erläutert dann anhand des SuedOstLinks von Wolmirstedt nach Isar das Planungsverfahren und die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger sowie der Städte und Gemeinden.

Anschließend erläutert sie die Voraussetzungen, unter denen ein Antrag auf Freileitung gestellt werden kann. Über das Für und Wider von Freileitung bzw. Erdverkabelung entbrennt dann eine Diskussion der Teilnehmer. Diese dreht sich um die 4-8-fach höheren Kosten bei Erdverkabelung, die „Verschandelung“ der Landschaft durch Strommasten, die Gefährlichkeit elektromagnetischer Felder sowie den Raumbedarf.

Frau Gödicke informiert dann, dass die erwartete Lebensdauer der Erdkabel nur 40 Jahre betrage. Diese kurze Lebensdauer sorgt bei einigen Teilnehmern für Verwunderung.

Herr Baier spricht dann das Thema Vereinheitlichung der Übertragungsnetzentgelte an. Die Vorreiterländer bei der Erzeugung erneuerbarer Energien würden derzeit mit hohen Netzentgelten bestraft. Dies sei nicht einzusehen, weil die Energiewende eine gesamtdeutsche Herausforderung sei und der Westen und der Süden der Bundesrepublik nach Abschaltung der Atomkraft- und Kohlekraftwerke auf den Strom aus dem Norden angewiesen seien.

Herr Salomon kritisiert, dass die Regionalversorger nicht alle Energiewende bedingten Mehrkosten umlegen dürften. Dadurch würden ihre Gewinne geschmälert.

Die Teilnehmer diskutieren dann zu Themen der Energiewende, insbesondere dem Anschluss von Offshore Windparks und fehlende Stromleitungen.

Der PowerPoint-Vortrag von Frau Gödicke ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Zu TOP 5 – Rückbau von Kleingärten

Herr Matzke stellt den Landesverband der Gartenfreunde Sachsen-Anhalt e.V. vor. Dieser habe 28 Mitgliedsverbände mit rund 1.700 Sparten. Zu den derzeit nicht bewirtschafteten Kleingartenflächen würden mittel- und langfristig weitere Flächen hinzukommen. Seit dem Jahr 2005 gebe es dazu eine Arbeitsgemeinschaft beim Landesverband der Gartenfreunde. Diese befasst sich mit Leerständen in bestehenden Vereinen. In der AG wirken das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, das Ministerium der Finanzen, das Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr und einzelne Gemeinden mit. Im Jahr 2005 wurde auch eine Studie zur Leerstandsproblematik von Weber und Partner Berlin erstellt. Darin wurden die Ursachen für Leerstände in Kleingärten dargelegt. Es habe ein Überangebot von Kleingärten aus DDR-Zeiten gegeben, nach der Wende seien insbesondere die Generationen der 20- und 40-Jährigen weggezogen, die demographische Entwicklung sowie ein verändertes Freizeitverhalten seien weitere Gründe.

Der Landesverband der Gartenfreunde vertritt die Auffassung, dass die Leerstandsproblematik nur gemeinsam mit den Gemeinden gelöst werden kann. Allerdings sei dies aufgrund der heterogenen Eigentümerstruktur schwierig. Kleingartenflächen gehörten Gemeinden, Kirchen, Stiftungen und Privaten. Erfreut war der Landesverband, dass das Thema Kleingartenwesen im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Grünen enthalten ist.

Herr Matzke führt dann aus, dass es im Jahr 1990 rund 180.000 Kleingärten in Sachsen-Anhalt gegeben habe. Derzeit gebe es noch ca. 94.000, perspektivisch könnten jedoch nur 58.000 Kleingärten dauerhaft bestehen bleiben. Die Kleingärtner brauchten deshalb Hilfe, weil ansonsten im schlimmsten Fall eine Insolvenz der Vereine eintreten würde. Dadurch würden

Brachflächen in Gemeinden entstehen. Die bestehenden Probleme würden auch durch Flüchtlinge und Hartz IV-Empfänger nicht gemildert. Diese Bevölkerungsgruppen würden selten Kleingärten bewirtschaften.

Zur Lösung der Probleme schlägt der Landesverband der Gartenfreunde die Erstellung von Kleingartenentwicklungskonzepten durch die Städte und Gemeinden, das Einführen von Fördermöglichkeiten für den Rückbau sowie den demografiegerechten Rückbau von Kleingärten vor.

Der Vorsitzende empfiehlt den Kleingartenvereinen auf ihre Städte und Gemeinden zuzugehen. In einer offenen Diskussion könnte dann über den Bestand einzelner Sparten gesprochen werden. Bisher habe er den Eindruck gewonnen, dass jeder Kleingärtner seine Sparte erhalten wolle. Über sinnvolle Kleingartenkonzepte wollten die Kleingartenvereine vor diesem Hintergrund vielerorts nicht reden. Die Städte und Gemeinden seien jedoch zu offenen Gesprächen bereit. Der Landesverband sollte seine Kreisverbände darüber informieren.

Herr Dr. Scheidemann informiert darüber, dass die Landeshauptstadt Magdeburg über mehrere Jahre gemeinsam mit dem Stadtverband der Kleingärtner ein Konzept erstellt habe. Dies sei finanziell und zeitlich sehr aufwendig gewesen. Nun weigere sich der Stadtverband jedoch, zu diesem Konzept eine Stellungnahme abzugeben. Die Verwaltung werde das Konzept daher zurückziehen und den Versuch unternehmen, Zielvereinbarungen mit jeder einzelnen Sparte zu treffen. Ob dies personell überhaupt leistbar sei, werde sich zeigen. Die Stadt habe jedoch ein Interesse am Rückbau von Kleingartenanlagen und würde dies auch finanziell fördern. Die dadurch gewonnenen Flächen könnten als Retentionsflächen, Bauland, Acker oder Ausgleichsflächen verwendet werden.

Frau Rauer berichtet, dass die Kleingartenvereine häufig nur Hilfen für den Rückbau einzelner Gärten und Pachtermäßigungen von der Stadt haben wollten. Sinnvoll sei meist jedoch nur der komplette Rückbau von Kleingartensparten. Die Kleingartenvereine würden sich jedoch dagegen stellen. Freiwerdende Flächen könnten auch in der Stadt Köthen einer sinnvollen Nachnutzung zugeführt werden.

Herr Hermann informiert, dass die Stadt Bitterfeld-Wolfen im Jahr 2014 mit dem Stadtentwicklungskonzept auch ein Kleingartenkonzept aufstellen wollte. Die Diskussion mit den Kleingartenvereinen sei jedoch äußerst schwierig gewesen. Daran sei das Kleingartenkonzept letztlich gescheitert. Auch er meint, dass nicht einzelne Gärten sondern nur komplette Anlagen zurück gebaut werden sollten.

Herr Salomon berichtet, dass es in der Gemeinde Kabelsketal drei Kleingartensparten auf Bodenreformland gibt. Seit geraumer Zeit verkaufe die Bundesrepublik Deutschland einzelne Gärten oder komplette Sparten an Investoren. Diese Flächen seien größtenteils verwahrlost und nachteilig für das Ortsbild und die Flächenplanung der Gemeinde.

Herr Schmidt erläutert, dass die Stadt Schönebeck ein Kleingartenkonzept erstellt hat. Die Kommunikation mit den Kleingartenvereinen sei gut gewesen. In dem Konzept seien auch Nachnutzungen festgelegt worden. Hinderlich sei, dass das Land keine Fördermittel für den Rückbau von Kleingärten bzw. die Umsetzung von Kleingartenkonzepten bereitstelle. Gespräche mit dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie sowie dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr seien fruchtlos verlaufen.

Der Vorsitzende berichtet, dass in der Stadt Naumburg Leerstand von Kleingärten faktisch keine Rolle spiele. Die Stadt sei Eigentümerin vieler Flächen. Bei Problemen mit Leerstand sollten die Kreisverbände der Kleingärtner die Städte und Gemeinden ansprechen.

Diese seien sicherlich zu Gesprächen gern bereit, damit aus dem Leerstand kein städtebauliches Problem erwachse.

Herr Westrum unterstützt diese Aussage. Die Initiative sollte allerdings von den Kleingärtnern ausgehen.

Herr Dr. Scheidemann hätte sich gewünscht, nach vier Jahren gemeinsamer Konzepterstellung von den Kleingartenvereinen ein Feedback zu dem Konzept zu erhalten. Dazu seien diese jedoch nicht bereit und hätten stattdessen in Magdeburg eine eigene Partei zur Durchsetzung ihrer Interessen gegründet.

Herr Matzke meint, dass die Stadt Altenburg gemeinsam mit ihren Kleingartenvereinen ein mustergültiges Konzept erstellt habe.

Herr Richter stellt dar, dass die Stadt Allstedt Gärten zurückgenommen und über ABM und Brachflächenbereinigung in einen guten Zustand versetzt habe. Die Probleme sollten jedoch nicht landesweit, sondern auf kommunaler Ebene geklärt werden. Die Städte und Gemeinden könnten im Rahmen eines IGEK oder ISEK Kleingartenkonzepte erstellen.

Der Vorsitzende bittet dann Herrn Matzke, das Gesprächsangebot der Städte und Gemeinden an die Kreisverbände zu übermitteln. Die Städte und Gemeinden hätten ein großes Interesse daran, dass die Kleingartenvereine funktionieren und würden die Flächen unter städtebaulichen Aspekten betrachten.

Herr Schmidt empfiehlt mit den Kleingartenvereinen vor Ort zu sprechen und dann im Rahmen eines ISEK oder IGEK entsprechende Konzepte zu erstellen. Ziel müsse es zunächst sein, den Kleingärtnern die Angst vor dem Verlust ihres Gartens zu nehmen.

Herr Matzke betont, dass der Rückbau pro Kleingarten durchschnittlich 3-5.000 Euro kosten würde. Deshalb wollten viele Kleingärtner ihre Gärten nicht verlassen.

Die Städte und Gemeinden könnten auch Entschädigungen zahlen, wenn zum Beispiel Bauland entstehe, meint Herr Dr. Scheidemann. Dadurch könne die finanzielle Belastung vieler Kleingärtner entfallen bzw. abgemildert werden. Der Landesverband der Gartenfreunde und seine Kreisverbände könnten die einzelnen Sparten über diese Möglichkeit informieren.

Zu TOP 6 – Städtebauförderung in Sachsen-Anhalt

6.1 Nachbereitung Gespräch mit Minister Webel am 19.01.2017

Der Vorsitzende stellt den wesentlichen Gesprächsverlauf dar. Die Vertreter des Landes hätten die Vertreter des SGSA gegen die Wand laufen lassen. Nach Meinung des Landes würden die Städte und Gemeinden liederlich arbeiten und hätte die Struktur der Städtebauförderung deshalb gestrafft werden müssen. Er überlege, über einzelne Punkte persönlich mit Frau Apel zu sprechen.

Herr Baier berichtet über die Zusage des Ministers, die kommunalen Spitzenverbände vor Erlass kommunalrelevanter Vorschriften frühzeitig zu beteiligen.

Andere Teilnehmer des Gespräches am 19.01.2017 schildern, dass das Land die Probleme der Städte und Gemeinden mit der Städtebauförderung nicht ernst genommen habe.

Das Land habe sich in vielen Punkten sehr unkooperativ verhalten. Hierzu folgt eine kurze Diskussion der Teilnehmer.

Herr Westrum plädiert dafür, auf breiter Front die Probleme bei der Städtebauförderung auf allen Ebenen anzusprechen.

Herr Braumann berichtet, dass die Stadt Könnern trotz ISEK keine Fördermittel erhalte. Arbeiten an Feuerwehrgerätehäusern, Ärztehäusern usw. seien daher für die Stadt nicht finanzierbar.

Herr Dr. Scheidemann kritisiert die vielen Vorschriften und Vorgaben die zur Erlangung von Fördermitteln eingehalten werden müssten. Es sei auch nicht zu verstehen, warum das Land die vom Bund gegebenen Möglichkeiten der Städtebauförderung einschränke.

In der anschließenden Diskussion sind die Teilnehmer der Auffassung, dass die kommunale Selbstverwaltung durch diese überbordende Bürokratie ausgehöhlt werde.

Herr Westrum schildert, dass teilweise Änderungen an den MKFZ-Plänen notwendig seien. Das Land verlange dann eine aufwändige Anpassung des ISEK. Dies sei nicht zu verstehen.

Herr Hermann ergänzt, dass für das Land die Zahlen des ISEK in Stein gemeißelt seien. Abweichungen davon müssten äußerst aufwendig begründet werden.

Der Vorsitzende bittet die Teilnehmer dann um Vorschläge zum weiteren Vorgehen.

Herr Westrum spricht sich dafür aus, die überzogenen Vorgaben des Landes abzulehnen und im Zweifel Geld verfallen zu lassen. Dem Land müsse die harte Kante gezeigt werden. Im Zweifel müsste sich das MLV rechtfertigen, warum die Städtebaufördermittel nicht abfließen.

Herr Richter ist dafür, dass Geld nicht verfallen zu lassen. Ein Gespräch mit Finanzminister Schröder dazu habe ergeben, dass die Gelder dann umverteilt werden würden. Er hält es für problematisch, dass die Investitionspauschale für die Stadt Allstedt seit 2010 halbiert wurde. Eine Co-Finanzierung der Länderprogramme sei schwierig. Die Finanzierung eigener wichtiger Projekte vor Ort ohne Fördermittel sei faktisch unmöglich. Er werde versuchen, Finanzminister Schröder dafür zu sensibilisieren.

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass die Landeshauptstadt Magdeburg mittlerweile dazu tendiere, Projekte auch ohne Fördermittel umzusetzen. Die Einhaltung aller Vorgaben sei viel zu aufwändig.

Der Vorsitzende bestätigt diese Tendenz auch für die Stadt Naumburg. Einige wichtige Vorhaben finanziere die Stadt mittlerweile ohne Fördermittel über Kredite.

Herr Baier berichtet, dass Herr Landesgeschäftsführer Leindecker zu den vom Land behaupteten Vorgaben des Bundes ein Schreiben an den Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) versandt und um Klärung mit dem Bundesbauministerium gebeten hat. Daneben habe Herr Leindecker ihn gebeten, die von den Mitgliedern geäußerte Kritik an der Städtebauförderungsrichtlinie des Landes aufzuarbeiten und entsprechende Schreiben an die zuständigen Stellen der Landesverwaltung zu richten. Herr Leindecker wolle dann in Gesprächen mit MI, MF, MLV und LVwA versuchen, Verbesserungen zu erreichen. Herr Baier vertritt die Auffassung, dass erst nach einem möglichen Scheitern dieser Gespräche über den Aufbau von Druck in der Öffentlichkeit nachgedacht werden sollte.

Der Vorsitzende meint, dass zunächst der Ausgang dieser Gespräche abgewartet werden sollte.

Über das Thema Städtebauförderrichtlinie wird er bei Gelegenheit mit Herrn Leindecker sprechen. Der Ausschuss werde sich bis zu einer Klärung mit diesem Thema befassen müssen.

Der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende, Herr Westrum, teilen mit, dass sie aufgrund von Folgeterminen die Sitzung verlassen müssten.

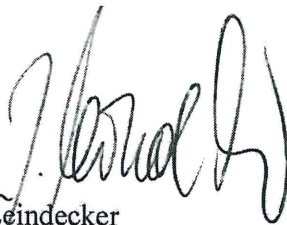
Die Teilnehmer verständigen sich dann darauf, noch vor den Sommerferien eine Exkursion in die Lutherstadt Wittenberg zu unternehmen. Die Landesgeschäftsstelle wird gebeten, einen Termin mit Herrn Kirchner und den Teilnehmern über eine Doodle-Umfrage abzustimmen.

Die Tagesordnungspunkte 6.2 - 9 werden in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

Zu TOP 13 – Ort und Zeit der nächsten Sitzung

Die Teilnehmer verständigen sich darauf, die nächste Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses am Mittwoch, dem 13.09.2017 um 10:00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle des Städte- und Gemeindebundes durchzuführen.

Die Sitzung wird um 13:15 Uhr beendet.


Leindecker
Landesgeschäftsführer


Küper
Ausschussvorsitzender


Baier
Referent